**Flüchtlingspolitik neue kommunale Herausforderung -**

**Strengmann-Kuhn (MdB) zu Gast beim Michelstädter Stadtverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Michelstadt/Odenwaldkreis – Auf Einladung des Stadtverbands BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Michelstadt referierte der zuständige Bundestagsabgeordnete für den Odenwaldkreis, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn zum Thema „Kommunale Sozialpolitik gestalten“. Nachdem der Sprecher des Stadtverbands, Frank Diefenbach, bei seiner Einleitung darauf hinwies, dass die Vermögenskonzentration in Deutschland – 1 Prozent der Bevölkerung verfügten über 1 Drittel des Vermögens – fortschreite und die sozialen Kosten in den Kommunen immer weiter stiegen, ergriff Wolfgang Strengmann-Kuhn das Wort.

Der Bundestagsabgeordnete, der sozialpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion und Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union ist, führte ebenfalls aus, dass die Vermögensungleichheit, die Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt in reguläre und prekäre Arbeitsplätze, die Langzeitarbeitslosen, die Aufstocker und die Altersarmut große sozialpolitische Herausforderungen für die Kommunen darstellten.

Die wichtigste Herausforderung für die Städte und Gemeinden sei aktuell jedoch die Flüchtlingspolitik, so Strengmann-Kuhn. Hierbei er positiv hervor, dass der Odenwaldkreis bisher ohne Sammelunterkünfte ausgekommen sei und es gelungen sei, die Flüchtlinge dezentral in Wohnungen unterzubringen. Er forderte von der Bundesregierung eine „Kopfpauschale“ für jeden Flüchtling, um die soziale Grundsicherung abdecken zu können. Von der Landesregierung sei die Einführung einer Gesundheitskarte für die Flüchtlinge ein großes Anliegen. Damit wird ermöglicht, dass Flüchtlingen in Deutschland unbürokratisch einen Arzt aufsuchen könnten. Da sich die Bundesregierung allerdings weigere, die Gesundheitskarte einzuführen, sieht Strengmann-Kuhn nunmehr das Land Hessen in der Pflicht. Auch im Odenwaldkreis forderten die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer die Einführung der Gesundheitskarte. Ohne die Ehrenamtlichen könnte die große Aufgabe nicht bewältigt werden, daher müssten diese auf allen politischen Ebenen unterstützt werden. Sprachkurse seien die Voraussetzung für die Integration, daher müssten Flüchtlinge schnellstmöglich an einem Kurs teilnehmen können.

Im Anschluss an die Ausführungen Strengmann-Kuhns erfolgte eine sachliche und intensive Diskussion über die Flüchtlingspolitik in Deutschland. Es wurde spürbar, dass dieses Thema die Menschen berührt. An der Diskussion beteiligte sich auch der Michelstädter Bürgermeister Stephan Kelbert. Die vielfältigen Fluchtursachen und das politische Versagen der Europäischen Union wurden sehr ausführlich erörtert.

Der Bund und das Land seien gefordert, die Kommunen und die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer – materiell und immateriell – zu unterstützen, damit die Integration gelänge. In diesem Zusammenhang weise man die Versuche, angesichts der moralisch gebotenen Flüchtlingshilfe, Flüchtlinge gegen andere sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen auszuspielen, deutlich zurück.

In seinem Schlusswort bedankte sich Stadtverbandssprecher Frank Diefenbach bei Strengmann-Kuhn für die sehr sachkundigen, klaren Ausführungen und den Besuchern für die lebendige Diskussion.